



# Londoner Konferenz vertagt

## Der Beschluß der englischen Regierung offiziell in Paris mitgeteilt

Paris, 7. Oktober. (Fig. Funkbericht.)

Der Beschluß der englischen Regierung, die von ihr vorgeschlagene Londoner Konferenz zu vertagen, ist am Donnerstag-Abend dem britischen Lord Tyrrell dem Ministerpräsidenten mitgeteilt worden, als dieser im Begriff war, die französische Antwort auf die englische Einladung abzulesen. In einem Communiqué des Quai d'Orsay, in dem der englische Beschluß bekanntgegeben wird, heißt es, daß die Unterhaltungen über den englischen Plan zwischen London und Paris in einem freundschaftlichen Geiste fortgesetzt werden. Herricot, der das Communiqué selbst der Presse überreichte, lehnte jede Äußerung dazu ab. Dessen geschätzter aber laienhaft die Beamten des Quai d'Orsay gewesen zu sein; denn die Pariser Morgenspresse erklärt mit letzterer Einstimmigkeit, daß die Schuld an dem Scheitern der Konferenz allein der

Reichsregierung zufalle, die für ihre Beteiligung unannehmbar Bedingungen gestellt habe. Nur Vertinag verrät im „Echo de Paris“ den wahren Sachverhalt, indem er mit Benutzung erklärt, daß „der Klarheit und der Widerstand des Ministerpräsidenten, der beherrschende Zug der letzten Tage waren“.

Die gesamte Presse begrüßt das Scheitern der Konferenz und gibt ihrer Freude darüber Ausdruck, daß das Abrüstungsproblem nun an dem Ort weiter behandelt werde, wo es normalerweise hingehöre, nämlich auf der Genfer Konferenz, an der alle Staaten teilnehmen könnten. Vertinag warnt jedoch vor der Annahme, daß der Weg in Genf leichter sei als in London. Seit einigen Tagen habe sich anscheinend eine Aenderung in der Haltung der englischen Delegation vollzogen. Es sehe so aus, als ob England den deutschen Thesen mehr entgegenkommen werde.

# Regierung Papen verfaßt auch im Minderheitenschutz

## Unglückliches operieren der deutschen Vertretung im Völkerbund

Genf, 6. Oktober. (Fig. Drahtb.)

Die fünf Kommissionen der Völkerbundsammlung sind in ihren Beratungen noch nicht zu besonderen Ergebnissen gekommen. In der ersten Kommission überwiegt bis jetzt die Anschauung, daß verheiratete Frauen ihre Nationalität selbst wählen können über die der Verteidiger einer Einheit der Familie. Augenblicklich untersucht man die Möglichkeit, durch Aenderung der Haager Konvention über die Nationalität der Frau deren allgemeine Ratifikation zu erleichtern. Die zweite Kommission hört immer noch lange Debatten über die Krise, wobei der Holländer Colijn als einziger den Mut fand, die härtesten Zweifel an der praktischen Erfolgsmöglichkeit der Debatte und auch der Ratifikationen des Völkerbundes auszusprechen. Der Kampf um die Aenderung der hohen Leitung des Völkerbundsekretariats ist in der vierten Kommission noch in vollem Gange. Während die kleinen Staaten die Abschaffung der Untergeneralsekretäre verlangen aus Gründen der Gleichheit und der Ersparnis, verteidigen die Großmächte den augenblicklichen Zustand. Unter der Begründung, daß vor der Wahl eines neuen Generalsekretärs keine Entschcheidung über eine grundlegende Sekretariatsreform möglich sei, hat Deutschland den vorkläufig beantragt, den Generalsekretär und die Untergeneralsekretäre aus den ständigen Ratsmächten wie bisher zu nehmen. Der tiefe Grund dürfte wohl sein, daß Deutschland nicht zu Unrecht fürchtet, seinen Untergeneralsekretär bei einer Streichung dieser Posten zu verlieren, ohne daß eine Sekretariatsreform vorgenommen wird, und dann noch der Notwendigkeit gegenüberzustehen, von der Frankreich als Generalsekretär mit den bisherigen Befugnissen wählen zu müssen.

Im Prinzip hat die vierte Kommission auch eine Herabsetzung der Gehälter für die Beamten des Sekretariats und des internationalen Gerichtshofes um 10 Prozent beschlossen, doch soll erst noch die Rechtsfrage geklärt werden, ob die Vollversammlung eine solche Aenderung der Anstellungsverträge beschließen könne. Da die beauftragte Gutachterkommission aus Juristen des Völkerbundes besteht, dürfte das Ergebnis negativ ausfallen, wodurch wieder einmal alle Sparreden in die Luft gehalten wurden.

Zu einer rein akademischen Debatte kam es am Donnerstag über die Frage des Minderheitenschutzes in der sechsten Kommission. Die jetzige Reichsregierung will die gute Arbeit ihrer Vorgänger auf diesem Gebiet fortsetzen. Hier hatte Deutschland noch einen moralischen Fonds. Hier war keine Heisterung noch nicht notwendig. Die Regierung hat sich aber weigert, auch dieses letzte Mittel noch durch ein halbes Jahr oder in geschicktem Gegenzug der kleinen Entente-Polens und Frankreichs aufreizen zu lassen. Sie riskierte weder Antrag noch Entschuldigungsvertrag, um ihre Anregungen in zweckmäßiger Form vor die Vollversammlung zu bringen, wodurch ein Fortschritt schon nicht in Frage kam. Die Folge war, daß die von allen Seiten herbeigeeilten Vertreter der Minderheiten reichlich enttäuscht waren und die Gegner des wirksamen Minderheitenschutzes in ihren Erklärungen recht wirkungsvoll Deutschland politisch angreifen konnten, was heute nur allzu leicht in die Ohren aller Völker dringt.

Vier Fragen brachte der deutsche Vertreter Rosenberg zur Sprache: Den Klägern müsse man die Möglichkeit schaffen, selbst gehört zu werden, die Verfahren müßten beschleunigt durchgeführt werden, die Gründe über eine Nichtzulassung von Beschwerden veröffentlicht werden, endlich wolle Deutschland feststellen wissen, daß kein Vorgehen im Rat unter Benutzung von Material aus einem noch nicht abgeschlossenen Fall ein regelrechtes Vorgehen gewesen sei. Auch regte Rosenberg einen Meinungsaustausch darüber an, den Dreierkomitees zur Behandlung der Beschwerden ein ständiges Gremium von Sachverständigen beizugeben. Gleichzeitig bestritt Jotitsch im Namen von Griechenland, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien die Kompetenz des Ausschusses, da nur der Rat und die interessierten Mächte für Änderungen der Minderheitsverfahren zuständig seien. Jotitsch lehnte nochmals jeden Meinungsaustausch ab. Die Minderheitsverfahren, die außerhalb der Verträge eingerichtet worden seien, wären zu politischen Manövern mißbraucht worden. Außerdem seien Minderheiten in fast allen Staaten der Welt und es sei ungerath, nur einen kleinen Teil von Minderheitsgruppen besonders zu schützen. Änderungen in dem bestehenden völlig ausreichenden Verfahren könnten nur in Frage kommen, wenn der Minderheitenschutz auf die ganze Welt ausgedehnt werde. Frankreich ließ diese letzte Erklärung gänzlich unbeantwortet und schloß sich der Erklärung Jotitsch an, wobei sein Vertreter unterstrich, daß der Minderheitenschutz nicht für politische Kalkulationen und territoriale Verleumdungen mißbraucht werden dürfe. Benesch-Tschekowalek schloß sich Jotitsch an und sprach den Minderheiten wiederum jedes kollektive Vertretungsrecht ab. Nur Ungarn und Oesterreich unterstützten Deutschlands Anschauung, während Norwegen, Holland und Bulgarien sich sehr zurückhaltend für eine lokale Anwendung der Schutzbestimmungen aussprachen. Da keinerlei Antrag gestellt war, wird lediglich vom Berichterstatter ein Bericht in einer der Sitzungen der 13. Vollversammlung erstattet werden.

## Schafft Euch einen Zwidel an!

Brachis Befehls um die Sittlichkeit

Brachis Sittlichkeitsklasse werden jetzt ergänzt durch die in der Preussischen Gesetzsammlung als Nr. 56 stehende Polizeiverordnung:

§ 1. Der § 1 der Badepolizeiverordnung vom 18. August 1932 (Gesetzamml. S. 280) erhält folgende Fassung: 1. Das öffentliche Badbaden ist untersagt. 2. Frauen dürfen öffentlich nur baden, falls sie einen Badeanzug tragen, der Brust und Leib an der Vorderseite des Oberkörpers vollständig bedeckt, unter den Armen fest anliegt sowie mit angeknüpften Beinen und einem Zwidel versehen ist. Der Rückenanschnitt des Badeanzuges darf nicht über das untere Ende der Schulterblätter hinausgehen. 3. Männer dürfen öffentlich nur baden, falls sie wenigstens eine Badehose tragen, die mit angeknüpften Beinen und einem Zwidel versehen ist. In sogenannten Familienbädern haben Männer einen Badeanzug zu tragen. 4. Die vorstehenden Vorschriften gelten nicht für das Baden in Badeanstalten, in denen

Männer und Frauen getrennt haben. Die Vorschriften des Abs. 2 gelten entsprechend für den Strandbadung der Frauen.

§ 2. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem 1. November 1932 in Kraft.

Da fehlt nun noch, daß überall Bilder angeschlagen werden, wie ein vorchristlicher Badeanzug auszusehen hat! Wir vermüssen weiter eine Angabe, wie lang die angeknüpften Beine sein müssen. Schade, daß es schon so spät im Jahre ist! Der große Mastenball von 1890 an den Badestellen wird also erst im nächsten Jahre stattfinden — wenn Herr Bracht dann nicht samt seinen Erlassen verschwunden ist.

Wer hat bis zum gestrigen Tage gewußt, was ein Zwidel ist? — Sicher nicht viele unserer geschätzten Mitbürger. Der Badeerlass des Herrn Bracht ließ daher in den bekannten weiten Kreisen auf Verständnislosigkeit. Um Gottes willen, was ist ein Zwidel? Intenimisch nicht vor Strafe. Man schlägt in Wörterbüchern nach. Vergebens, sie geben keine genügende Auskunft.

Da erbarmt sich die um das sittliche Wohl des Untertanen besorgte preussische Staatsregierung. Sie übergibt der Öffentlichkeit eine Erklärung:

„Der Begriff Zwidel läßt sich am einfachsten dadurch erklären, daß ein Stoffeinsatz im Schritt gemeint ist, der für die Badebekleidung ebenso wie für die gewöhnliche notwendig erscheint.“

Nun ist die Sache schon klarer, aber ganz klar doch noch immer nicht. „Ein Stoffeinsatz, der notwendig erscheint“ — „erscheint“, das macht die Geschichte noch komplizierter. Warum drückt sich Herr Bracht nicht deutlicher aus? Offenbar hindert ihn das von ihm selbst verordnete Schamgefühl.

So wissen wir noch immer nicht recht, was ein Zwidel ist, und das kann sehr unangenehme Konsequenzen haben.

Aber dafür wissen wir etwas anderes. Unverzeßliche Nörgler haben derart Kritik geübt, daß die Badepolizeiverordnung zum 1. November in Kraft treten soll, also zu einem Termin, an dem selbst die stichfestesten Elemente nicht mehr öffentlich zu baden pflegen. Jetzt erfahren wir, daß die Veröffentlichung zu diesem Zeitpunkt erfolgt, damit die Industrie ihre Kollektionen für das nächste Jahr rechtzeitig vorbereiten kann. Es wird mit anderen Worten nicht nur die Sittlichkeit, sondern auch die Wirtschaft angefaßt. Alles mit Hilfe des Zwidels!

Doch wir sollen zufrieden und glücklich sein, denn unter dem Reichskommissar Bracht ist Preußen zu einem Idyll geworden. Im Reich hat man schwere außenpolitische Sorgen. Im Reich erheben wirtschaftliche und sozialpolitische Probleme drohend ihre Haupt. In Preußen dagegen dreht sich der Kampf der Meinungen um den Zwidel. Ein paradiesisches Land, und die anderen Staaten rufen voller Neid: „Zwidel-Brachts Sorgen möchten wir haben!“

Vielleicht ließe sich noch mehr sagen, aber der brave und so wohl behütete Untertan schweigt. Er möchte nicht wegen Verärgerung über Staatsverrichtungen in Angelegenheiten geraten, und seit gestern ist der Zwidel eine preussische Staatsverrichtung.

## Was kostet der Badehosen-Erlass?

Diese Frage beantwortet der „Berliner Tageblatt“ der Direktor der Norddeutschen Trikotweberei A.G., Lübben, Erich Goerig. Er stellt zunächst fest, daß es wolfsene Badeanzüge oder Badehosen ohne Zwidel nie gegeben hat und betont, der Schaden, der durch die Entwertung der Lagerbestände in Deutschland bei Fabrikanten und beim Einzelhandel entsteht, betrage mindestens 8 Millionen. Dieser Schaden werde noch erhöht durch eine Lohnsumme von schätzungsweise 6 Millionen Mark, die an etwa 10 000 Arbeiter nicht zur Auszahlung komme. Kein Fabrikant könne bei der scharfen Bewegung gegen den Erlass heute disponieren. Zu alledem komme noch ein indirekter Verlust, der ebenfalls in die Millionen gehe und der dadurch entstehe, daß unverwertbare Lagerbestände in manchen Fällen Anlaß zu Jagdunfällen geben. Der Schaden, den die bedeutendste Badeanzugfabrik Preußens in Lübben, eine der größten Badeanzugfabriken der Welt, bei einer Beibehaltung des Regierungs-Badeanzuges erleide, betrage allein etwa 300 000 Mark. In Lübben habe man bisher fast keine Arbeitslosen gekannt. Die Badeanzug-Verordnung werde der Stadt zum ersten Mal hunderte von Arbeitslosen bringen.

So kurbelt man die Wirtschaft an.

## Waffenrazzia in Sachsen

Haftbefehle gegen 25 Nazis

Zwidau, 6. Oktober.

Auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft hat die Polizeidirektion Zwidau überraschend in Zwidau, Werbau, Glauchau, Planitz, Oberhöndorf und Kirchberg bei Anhängern der NSDAP Durchsuchungen nach Waffen vorgenommen.

Es wurden etwa 20 Handfeuerwaffen verschiedenen Alters gefunden. Festgenommen wurden etwa 50 Personen; die Hälfte wurde jedoch wieder entlassen. Gegen 25 Mann ist richterlicher Haftbefehl erlassen worden.

## Imán Kampf um Marokko

Roman von Ramon J. Sender

Berechtigter Uebersetzung

aus dem Spanischen von G. S. Neuenhertz

28) (Nachdruck verboten)

Die schwere Bewaffnung wirkt beschleunigend. Als er aus einer Vertiefung auftaucht, sieht er plötzlich eine eingeborene alte Frau mit einem Knaben. Beide tragen einen wassergetränkten Tontrug auf dem Rücken. Sie sind einen Augenblick neugierig; der Knabe läßt die Traggurte aus Spartogeßtes lösen. Das Wasser schwappt, Augen auf dem Krüge liegt ein Hauch durchgehender Schwärze. Bianca hat sich instinktiv verneigt, ohne die beiden aus den Augen zu lassen. Unbewußt hat er sich verpflichtet, daß sein Gewehr geladen ist, hat es an die Wange gelehnt und auf die Alte angelegt. Das Wasser glückt bei jeder Bewegung. Bianca reißt sich zusammen; Unüberlegtheit kann ihm das Leben kosten. Er braucht nicht zu schreien; der Matrose arbeitet geräuschlos und kann zwei Menschen im An erblicken. Aber wenn sie schreien? Die Meisten sind höchstens ein paar Kilometer entfernt und würden sie vielleicht hören. Das gluckende Wasser macht den Durst unerträglich. In diesen großen, runden Krügen ruht die Gewissheit neuen Lebens. Bäume, alle Pflanzen und Tiere haben ein Recht auf Wasser und erwidern sich daran. Jetzt fühlt Bianca den Durst auf der Zunge, im Munde, an den Schläfen, auf der schmerzhaften Haut. Wenn es plötzlich anfängt zu regnen, würde er das Wasser wie ein Schwamm mit allen Poren einsaugen. Das Blut, das aus der Aftewunde fließt, ist zu einer schwarzen Kruste geworden, die auch an der Afterspitze klebt. Wilde Freude erfüllt ihn; er spürt erwidende Frische in der Kehle. Er rückt sich auf den Rand der Senke heran und läßt nach seinen Opfern. Der Knabe hat sich mühsam zur Erde gesetzt und den Mundwinkel eines Geschwetz aufgehoben. Als er hineinbläst, gibt es einen kleinen Pfiff; das Kind freut sich darüber. Bianca reißt die Augen auf. Eine Kugel hat bereits eine ganze Weile auf seinen Lippen. Die unglückliche Freude des Kindes, das sich wieder auf den Weg gemacht hat und alle Berührungen des gluckenden Wassers vernimmt, hält Bianca zurück. Als ihm das zum Bewußtsein kommt, ist der Wunde schon weit ab. Bianca fühlt sich matter als je, die Beine werden immer schwerer. Beunruhigt erhebt er sich, denkt flüchtig an die Leichen

von nahin und setzt den Gang nach Annual unsicher fort.

Reiter in Fettracht, tätowierte Frauen mit einem blauen Sternchen auf dem Rinn und auf beiden Wangen. Das einfache Gewebe weiter marokkanischer Gewänder flattert oder haucht sich wie Fettpfäule. Reiter und Fußsoldaten haben Flinten mit kurzen Lauf. Sie begrüßen sich lachend; von den grauenhaften Vorfällen in R. wissen sie anscheinend nichts. Bianca nimmt an, daß heute Donnerstag ist; an diesem Tage ist in Zemis Markt. Er verdirgt sich, so gut es geht, und wartet ungeduldig, angestrengt und mit einem gewissen Gefühl der Unterlegenheit, das ihm die sorglose Fröhlichkeit, die körperliche Frische und die ausgeglichene Bewegungen der Marokkaner einflößt. Er übertrifft sich dabei, daß er die Hüfte hat, überzulassen. Aber er denkt an den fürchterlichen Tod des Fliegiers und an die Leichen sohin in dem Barranco; darum hält er sich zurück. Seine Furcht vor den Marokkanern hat keine Spur von Haß mehr. Unbeweglich verharrt er in seiner unbehaglichen Lage. Nach langem Schweigen haben die Batterien von Annual wieder begonnen, das weitestferne R. zu beschießen. Die Eingeborenen trauern, die zu Marzke ziehen oder von dort zurückkehren, bilden nach oben und beugen sich, aus dem gefährdeten Gelände zu kommen. Im Schutz des spanischen Feuers sieht Bianca den Haß gegen die Mohren von neuem in sich aufsteigen. Er denkt nicht nach und überlegt nicht; alle seine Empfindungen kommen unmittelbar aus ihm heraus; als einfache Folgeerscheinungen physiologischer Reize. Dagegen sammelt er: „Hurenjöhne, verdammte! Soll ich hier verrotten?“ Er erhebt sich wieder und läuft über die steile Ebene. Nach wenigen Schritten geht er langsam, da er bemerkt, daß ihm das Herz bis in den Hals hinaufschlägt, und daß er nur noch mühsam atmen kann. Er stolpert und fällt; die Kniewunde beginnt wiederum zu bluten. Das Gesichtszug wird schwächer. Bianca will schon weit weg sein, wenn die Eingeborenen wieder auftauchen. Er versucht deshalb zu rennen, aber die Alpagatas sind plötzlich schwer wie Bleiplatten geworden und klappen auf dem Boden. Das Herz hämmert metallisch gegen die Rippen. Aber er rafft alle Kräfte zusammen, macht in Todesangst ein paar Sprünge und läuft dann unaußersichtbar weiter. Jetzt geht es bergauf über lahes Gelände, bis er auf eine kleine Ebene gelangt, von der es weiter nach Annual hinaufgeht. Bianca nimmt sich vor, auf diesem Wege näher an das Lager heranzukommen. Die Stille rundum ist Friedhofsrube: voll von unerblicklichen Abhängen. Er bleibt stehen und hockt sich hin. Eine Deutscherde sträet die fürberformigen

\*) Trockener Wasserlauf.

Flügel und weht pfeilgeschwind davon, wie eine lose Blüte im Winde. Sie fliegt dicht an seiner Brust vorbei. Bianca erschrickt und brummt ärgerlich vor sich hin. Er schlägt die Entfernungen vor sich, schießt sich vor, erhebt sich über den Rand der Hochfläche und läuft! Gehässig glüht hellstrahlende Vormittagsonne auf ihn herab; Schatten dunkeln an jedem Strauch und unter jeder Thymianstaube. Bianca empfindet all das traurige Geschehen als etwas Gemeines, Dummes, Sinnloses. Er hat Lust zu lassen.

Wiederum riecht es nach Kloake und verwehendem Fleisch. Es müssen Leichen in der Nähe liegen. Bianca steigt weiter aufwärts; dürres Gras reicht ihm bis an die Kniee. Waffenrocken, schwarze Fleder, plüschig; ein leicht bewegliches, erd-farbenes Etwas. Ein Schatol. Unbekanntes Anbild; zwei nackte Weiber; ein Pfahl, wie er zum Drahtverhau verwandt wird, geht durch sie hindurch. Der Schatol war bei Bianca. Bianca entdeckt, daß nackte Leichen keinen besonderen Eindruck auf ihn machen. Klebungsstücke geben einem Toten den wunderlichen Anbild des Scheitellebens. Die Natur hat uns gegen die Furcht vor dem Anbild des Todes an sich gefeit; ein nackter Leichnam übermäßig uns nicht. Bianca stellt sich, ohne darüber nachgedacht zu haben, und mankt in wiederendem Seemannsgang weiter. Von Zeit zu Zeit wiederholt sich das Schauspiel: nackte, verästelte Leichen; einer sind die Beine oberhalb des Knies abgesehnt und die Offiziersabzeichen in den Mund gesteckt worden. „Die verdammten Böhle!“

Zwei laute Pfiffe. Kugel? Woher? Als sich Bianca in dem trodenen Bachbett, das er emporklimmt, aufrichtet, um über dessen Rand zu sehen, hört er deutlich die Nachschlingengemehr von Annual. Er schließt sich, erhebt sich aber sofort wieder, mechanisch wie ein Automat, und stößt sich auf das Gewehr. Er fürchtet sich, länger unter den Gefallenen zu verweilen, die hier wie in einem Waffengrabe liegen. Die Sonne steht hoch am Himmel; Schatten gibt es fast gar nicht mehr. Ueber trockenem Kräutrig summt ein bläulicher Fliegenzwarm. Wieder ein Toter! Starres Gesicht, glühender Sonnenschirm, Verwundungszug, klagen metallisch zusammen. Abermals sieht er in den Distanz eine beinahe zur Waagrechte eingetrodnete Leiche. Die Stille, die unter den in der Höhe dahinjagenden Geschossen herrscht, drückt wie die begangene Atmosphäre einer Totenkammer. Ein und wieder legt es mit taustlicher Mut durch die Thymianstauben und Dornsträucher an Rande des Baches. Wer schießt, und wohin? Kirmesboller oben in Annual! Bianca handelt nicht mehr planmäßig, er überlegt nicht mehr, wohin er fliehen, wie er sich verteidigen soll.

# Zahlreiche Arbeitslosen- Demonstrationen in England

**London, 6. Oktober (Eig. Drahtbericht.)**  
 In den letzten Tagen haben sich die Demonstrationen Arbeitsloser, die sich vor allen Dingen gegen die Handhabung des Wehrdienstgesetzes wandten, in London und in Industriestädten der englischen Provinz gehäuft. Am Donnerstag kam es wieder im Zentrum von London zu einer Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und der Polizei, die entsand, als Demonstranten nicht mit der notwendigen Geschwindigkeit weitergingen. Im Verlauf dieses Zusammenstoßes wurden zwei Beamte leicht verletzt. In einer Vorstadt von London hinderten am Donnerstag ortsanfällige Arbeitslose Straßensarbeiter, die nicht aus dem Distrikt stammten, an der Arbeit. Sie setzten bei den Rathausbehörden durch, daß ab Freitag ortsanfällige Arbeitslose anstelle der ortsfremden Arbeiter eingestellt werden. Dies ist der zweite Fall, daß Demonstranten den Behörden gegenüber erfolgreich waren. Vor einigen Wochen setzten sie in Liverpool eine Erhöhung der Unterstützungssätze für Wohlfahrtsarbeitslose durch.  
 Die Labour-Konferenz nahm am Donnerstag die Zusammenfassung am Donnerstag eine Entschlieung an, die vom Sicherheitsministerium eine Untersuchung über die Vorgänge bei den Demonstrationen in North Shields fordert. Außerdem wird verlangt, daß die Polizei für die ungestörte Durchführung von Demonstrationen sorgen soll und nicht auf alle mögliche Weise gegen dieselben vorgehen soll.

**Von der Abrüstungskonferenz**  
**Paris, 6. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)**  
 Wie der Genfer Korrespondent des „Temps“ meldet, befindet sich der von Paul Boncour und den französischen Sachverständigen ausgearbeitete Abrüstungsplan zurzeit in den Händen Herriots, der ihn den übrigen

Kabinettsmitgliedern auseinandersetzen und die verschiedenen Organismen der Landesverteidigung über seine Durchführung befragen will. Man weigert sich daher in Genf, vorläufige Einzelheiten über den Plan mitzuteilen, der erst in etwa 10 Tagen seine endgültige Form erhalten werde.

**Genf, 6. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)**  
 Das von der Abrüstungskonferenz eingesetzte Komitee zur Aufstellung von Berechnungsmöglichkeiten für die Herabsetzung der Wehrkraft hat sich in seiner Mehrheit dafür ausgesprochen, nach dem amerikanischen Vorschlag die Bevölkerungszahl als Berechnungsgrundlage anzunehmen. Auf Antrag Frankreichs wurde jedoch ein Spezialkomitee beauftragt, Vorschläge für die Einführung ergänzender Kriterien im Interesse der kleineren Staaten und für die Unterbreitung von Polizei und Verteidigungsarmeen auszuarbeiten.

**Paris, 6. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)**  
 Der amerikanische Delegierte auf der Abrüstungskonferenz Dawes ist von Genf kommend in Paris eingetroffen. Er wird am Freitag vormittag mit Herriot eine Unterredung haben, die sich wahrscheinlich auf den amerikanischen Abrüstungsvorschlag und die geplante Londoner Konferenz beziehen werde.

**Berlin will die Bürgersteuer erhöhen**  
 Der Magistrat Berlin beschloß am Mittwoch, der Stadtverordnetenversammlung die Erhöhung der Bürgersteuer für 1933 von 300 auf 500 Prozent vorzuschlagen. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß durch die Notverordnung vom 28. September alle Gemeinden, die die Reichshilfe für Wohlfahrtsarbeitslose in Anspruch nehmen wollen, mindestens 500 v. H. der Bürgersteuer für 1933 beschließen müssen.

# Odenburgs Beamte sind kuriert von der Wirtschaft der Nationalsozialisten

**Utin, 6. Oktober. (Eig. Drahtb.)**  
 Wenn in irgend einem Ländchen, dann sind die Nationalsozialisten in Odenburg von der Beamtenschaft gefürchtet worden. Die Diktatur haben sie von der nationalsozialistischen Regierung auch erhalten. Bekanntlich hat die odenburgische Regierung es abgelehnt, Vertreter der Beamtenverbände zu empfangen. Mit der Regierungspolitik der Nazis befaßten sich nunmehr in großen Protestversammlungen der Landes-Lehrerverein und der Deutsche Beamtenbund. Gegen die maßlose nationalsozialistische Parteibuchwirtschaft, gegen die Ablehnung des Empfangs der Beamtenvertreter sowie gegen die Reichsfinanzungen weit übersteigenden Abzugs der Beamtengehälter ist von den Beamten härtester Protest erhoben worden. Als einige nationalsozialistische Landtagsabgeordnete den Versuch machten, die Maßnahmen der Regierung zu verteidigen, steigerte sich die Erregung in der versammelten Beamtenschaft derart, daß die Nationalsozialisten den Saal verlassen mußten. Danach scheint die Beamtenschaft in Odenburg von der vielbesprochenen Herrlichkeit des Dritten Reiches gründlich kuriert zu sein.

**Hugenberg verlangt Abbau der Sozialpolitik**  
 Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat unter dem Vorsitz Hugenbergs in

Berlin eine sogenannte Reichsjahresagung abgehalten. Auf dieser Tagung entwickelte Hugenberg ein programmatische Richtlinien. Er griff zunächst Hitler und die Nationalsozialisten sehr heftig an, wobei er einige Enthüllungen aus den Vorverhandlungen vor der Präsidentschaftswahl und vor dem Amtsantritt der Regierung Papen zum besten gab. Als deutchnationale Programmpunkte bezeichnete er: Deutschland sei nicht in der Lage, seine privaten Auslandsschulden zu tragen, deshalb müsse durch einen autonomen Schritt der Regierung das Problem der Schuldregelung angefaßt werden. Die Regierung müsse dann unter Ausschaltung aller parlamentarischen Einflüsse auf dem Gebiete der Sozialpolitik „Reformarbeiten“ vornehmen — d. h. die Sozialpolitik abkürzen — müsse die Landwirtschaft sanieren und die Wirtschaft beleben. Die Regierung dürfe nicht in einen Hang zum Partieren mit dem Parlamentarismus verfallen, sie müsse vielmehr unter Ausschaltung aller parlamentarischen Einflüsse die Verfassungsreform lösen. Die Rede Hugenbergs wurde unterbrochen durch eine Rede von Dr. Quack, die in dem Satz endete: „Die Wiederaufbauarbeit Deutschlands muß ihr letztes und größtes Ziel in der Wiederherstellung des Hohenzollernkaiseriums finden.“ Es wurde betont, daß die Deutschnationale Volkspartei die Regierung Papen unterstütze, daß diese Unterstützung aber keine Blankovollmacht für die Regierung Papen bedeute. Hugenberg und die Seinen erwarteten also von der Regierung Papen einen glatten Verfallungsbruch und die Vorbereitung zur Wiederherstellung der Monarchie!

# Aus Schlesien

## Die Bürgermeisterwahl in Hannau

Wir kürzlich gemeldet haben, ist der bisherige Landrat des Kreises Sprottau, Kranold, vor einiger Zeit zum Bürgermeister in Hannau gewählt worden. Diese Gelegenheit benutzte die „Schlesische Zeitung“, um einmal wieder in der gehässigen Weise gegen einen Sozialdemokraten zu hetzen und von der preussischen Regierung zu verlangen, daß sie die Wahl des Genossen Kranold nicht bestätige. Dieses Verhalten der „Schlesischen Zeitung“ ist um so über und unzulässiger, als die „Schlesische Zeitung“ selbst sehr genau weiß, daß vom Standpunkt der sachlichen Tüchtigkeit aus gesehen die Stadtverordnetenversammlung von Hannau eine bessere Wahl überhaupt nicht treffen konnte. Die Leser der „Schlesischen Zeitung“ werden sich ja wohl noch daran erinnern, daß die „Schlesische Zeitung“ selbst vor ungefähr 1 1/2 Jahren in einem großen Artikel auf ihrer ersten Seite die außerordentliche Tüchtigkeit des Genossen Kranold als Landrat von Sprottau und seine großen Verdienste, die er sich dort erworben hat, gerühmt hat. In diesem Artikel, der in seinen Redaktionen über den Genossen Kranold weit über das hinausging, was die sozialdemokratische Presse selbst jemals über die Tüchtigkeit des Genossen Kranold gebracht hat, hat sie den Genossen Kranold in seiner Tüchtigkeit als Landrat allen preussischen Landräten, ganz gleich welcher Artverteilung, als leuchtendes Vorbild hingestellt. Die „Schlesische Zeitung“ ist also selbst davon überzeugt, daß es sich beim Genossen Kranold um einen Kommunalpolitiker handelt, wie man ihn in der Gegenwart kaum tüchtiger wird treffen können. Selbstverständlich wird jeder, der das Wahl einer Gemeinde im Auge hat, daraus den Schluß ziehen müssen, daß infolgedessen die Stadtverordneten von Hannau nichts Besseres für ihre Stadt tun könnten, als sich einen so tüchtigen Kommunalpolitiker für ihre Stadt zu wählen. Wir wollen hier vorläufig darauf verzichten, im einzelnen all die großen Leistungen anzuführen, die der Genosse Kranold in seiner Sprottauer Tätigkeit vollbracht hat. Wer im kommunalen Leben Schlesiens Bekandtheit weiß, kennt die Tätigkeit des Genossen Kranold so gut, daß es gar nicht notwendig ist, darüber Näheres anzuführen. Man braucht ja nur den Bericht über die Tagungen der kommunalen Jahrsorganisationen, gerade auch aus der letzten Zeit, zu blicken, um zu sehen, welche große Rolle auch innerhalb dieser Körperschaften der Genosse Kranold spielt. Es ist ja nun wohl selbstverständlich, daß ein tüchtiger Kommunalpolitiker, der insbesondere auf dem finanzpolitischen Gebiet seinen Namen steht, einer Gemeinde Beträge wird sparen können, die um des Willens größer sind als die Beträge, die der bisherige Bürgermeister von Hannau, der nicht wiedergewählt wurde, von der Stadt Hannau erhalten wird. Also auch vom Standpunkt der Finanzen der Stadt Hannau aus gesehen, ist die Wahl durchaus sachlich begründet und richtig. Außerdem aber: Deshalb ist denn der Bürgermeister von Hannau nicht wieder-

gewählt worden? Weil er als Kommunalpolitiker nicht die Leistungen vorzuweisen hat, die man von ihm erwarten mußte. Angehlich teilt ja die „Schlesische Zeitung“ immer dafür ein, daß die sachliche Tüchtigkeit entscheidend sein soll für die Befetzung solcher öffentlicher Ämter. Wenn sie diesen ihren Grundsat nicht lägen lassen will und wenn sie nicht aus reiner Geschäftigkeit gegen die Sozialdemokratie alles das verleugnen will, was sie sonst immer gepredigt hat, dann kann sie selbst diesen Standpunkt nicht aufrechterhalten. Im übrigen möchten wir noch darauf hinweisen, daß der Genosse Kranold ja nicht in der Parteistand verkehrt worden ist, weil die gegenwärtige Regierung etwa mit seiner Tätigkeit unzufrieden war, sondern deshalb, weil die Kreise Sprottau und Sagan zusammengelegt wurden. Auch die „Schlesische Zeitung“ hat erst vor kurzem gemeldet, daß die seit mehr als einem Jahre völlig stillliegende und finanziell zusammengebrochene Wilhelmshütte in Sprottau unter Sondereingriff des Reiches Sprottau neu gegründet wurde. Daß diese Neugründung zustande gekommen ist, ist wesentlich ein Verdienst des Genossen Kranold, der damit seiner Tätigkeit in Sprottau noch einen ausgezeichneten Abschluß gegeben hat. Wir fordern die „Schlesische Zeitung“ auf, sich einmal bei den bürgerlichen Parteien, ja auch beim Landrat in Sprottau, nach der Tätigkeit des Genossen Kranold zu erkundigen. Sie wird dort Urteile über seine Tätigkeit zu hören bekommen, die ihr wegen ihrer Hege gegen den Genossen Kranold jetzt die Schwärze ins Gesicht treiben muß. Wir haben uns aus besonderen Gründen bisher aufs äußerste zurückgehalten gerade in bezug auf die Würdigung der Tätigkeit des Genossen Kranold. Es wäre aber Unrecht, jetzt, wo eine völlig unfaßliche Hege gegen ihn loszugehen scheint, weiter zu schweigen. Wir erwarten deshalb von der gegenwärtigen preussischen Regierung, daß sie sich von dieser Hege der „Schlesischen Zeitung“ nicht beeinflussen läßt, sondern die Frage der Bekämpfung des Genossen Kranold rein sachlich prüft. Es wäre doch auch wohl für die Regierung Papen untragbar und ein Zeichen einer völlig desorganisierten Staatsleitung, wenn die Regierung einen Beamten, der sich jahrelang im preussischen Staatsdienst hoch verdient gemacht hat, nicht beschäftigen wollte, weil es einigen politischen Gegnern von ihm nicht gefällt. Eine Nichtbeschäftigung des Genossen Kranold in Hannau würde nichts anderes sein als ein politischer Skandal erster Sorte und eine Unsaftlichkeit und Ungehörigkeit, wie sie in der Geschichte Preußens wohl bisher noch nicht vorgekommen ist.

## Der Bunzlauer Prozeß

**Heute Plädoyer in Biegnitz**  
 In dem großen Landfriedensbruchprozeß vor dem Biegnitzer Sondergericht wegen des SA-Sturms auf das Bunzlauer Volkshaus wurde am Donnerstag die Zeugenerklärung abgeschlossen. Hierzu erklärten die Sachverständigen Medizinalrat Dr. Kucel aus Goldberg und Medizinalrat Dr. Kallise aus Bunzlau sowie der Uhrmachermeister Herrmann als Sachverständiger ihre Gutachten. Dr. Kucel stellte auf dem Schluß des ersten Reichsbanner-

# Hast Du schon etwas für die Gefangenen- und Verwundeten-Hilfe getan?

## Im Bezirk Mittelschlesien

- nehmen Einzahlungen entgegen:
- Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Breslau I, Margaretenstraße 17, und deren Filialen:**
  - Brieg:** Georg Arndt, Brieg, Bez. Breslau, Oppelner Straße 4.
  - Frankenstein:** Max Fiedler, Frankenstein i. Schles., Neustraße, Behördenhaus.
  - Glatz:** Ortsausschuß des ADGB, Hans Piesche, Glatz, Herrnstraße 14.
  - Sackisch, Kreis Glatz:** Ortsausschuß des ADGB, Kudowa-Sackisch, Alois Drechsler, Fabrikstraße 5.
  - Saarau, Kreis Schweidnitz:** Ortsausschuß des ADGB, Karl Schönthier, Saarau, Molkstraße 1a.
  - Schweidnitz:** Gustav Wendt, Schweidnitz, Langstraße 40.
  - Trebnitz:** Ortsausschuß des ADGB, Wilhelm Kruppe, Trebnitz in Schlesien, Langstraße 7.
  - Wüstegiersdorf, Kreis Waldenburg i. Schl.:** Ortsausschuß des ADGB, Wilhelm Tautz, Wüstegiersdorf, Auenstraße 11.
  - Waldenburg:** Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Franz Lauterbach, Waldenburg, Auenstraße 20.
  - Strehlen:** Ortsausschuß des ADGB, Hermann Wilhelmek, Strehlen in Schlesien, Brehmerstraße 15.
  - Oels i. Schles.:** Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Gerhard Saba, Oels i. Schles., Gr. Feldstraße, Volkshaus. Ferner die **Geschäftsstelle der „Volkswacht“, Breslau II, Flurstraße,** sowie die **Geschäftsstelle der „Schlesischen Bergwacht“, Waldenburg i. Schles., Auenstraße 41.** Einzahlungen sind mit dem Vermerk „Gefangenen- und Verwundetenhilfe“ zu versehen.
- Freiheit!**  
**Der Bezirksvorstand der SPD.,**  
**Bezirk Mittelschlesien.**

tameraden Schneider vier Luerhiebe jezt, die er noch lebend erhalten haben müße. Das linke Augenlid wies eine blutunterlaufene Stelle auf und auch das rechte war verletzt. Am rechten Arm und der linken Brustseite waren Einrisse festzustellen. Das eine Gesicht durchschlug das Herz und wirkte tödlich. Eine dritte Verletzung oberhalb der linken Schulter kann ebenfalls von einem Geschöß herrühren, sie könne aber auch von einem Nagel und einer Jaunlatte verursacht worden sein. Der zweite Sachverständige schloß sich diesem Gutachten an. Der Schießachverständige erklärte, es sei schwierig, über die Herkunft der Schüsse etwas Bestimmtes zu sagen. Da etwa zehn Schüsse gefallen sein sollen, sei es eigenartig, daß an der Stelle, wo der schießende SA-Mann gestanden haben soll, nur eine Hülle gefunden wurde. Er glaube, daß sie zur Dekoration an die Stelle gelegt worden sei. Aus dem im Volkshaus beschlagnahmten Revolver sei seit Jahren nicht geschossen worden. Der Sachverständige erklärte ausdrücklich, daß er nichts Bestimmtes darüber sagen könne, wer Schreiber erschossen habe, meinte aber trotzdem, er vermute, daß der tödliche Schuß an dem Restaurantschalter neben der Volkshaus-Tür gefallen sei. Die Zeugen, die neben dem erschossenen Reichsbannerkameraden Schneider standen, betonten, daß die Konstruktion des Sachverständigen völlig irrtümlich ist.  
 Mit den Sachverständigen Gutachten ist die Beweisaufnahme geschlossen. Die Plädoyers begannen am Freitag-Nachmittag 16.30 Uhr und zwar in Biegnitz, wohin das Sondergericht zurückgekehrt ist.

## Sondergericht auch in Reisse

Das Reisser Sondergericht verurteilte wegen Landfriedensbruchs nach einstündiger Beratung den Arbeiter Erich Krüger zu vier Monaten Gefängnis, den Maschinenisten Paul Winke zu drei Monaten Gefängnis, während der Kaufmann Josef Langner mangels Beweises freigesprochen wurde. Die Verurteilung erfolgte wegen der Vorfälle in der Nacht nach dem Wahltag in Otmashau, wo es zu einem Geplänkel mit Stahlhelmlenten gekommen war.

## Der Doppelmord in Dabiau

Gegen den 72-jährigen Landwirt Karl Vogt aus Dabiau bei Herrnstadt, der seine Ehefrau und Waisentochter ermordet und seine Befehung in Brand gesteckt hat, ist die Voruntersuchung wegen Mordes und Brandstiftung durch den Untersuchungsrichter in Breslau eröffnet worden. Vogt befindet sich in der Zellenabteilung des hiesigen Strafgefängnisses in Untersuchungshaft.

## An der Grenze

**Beim Angriff auf einen Zollbeamten erschossen**  
 Ein aufregender Vorfall spielte sich am Donnerstag nachmittag gegen 16.30 Uhr in der Plesser Straße in Hudenburg ab. Ein Zollbeamter hatte etwa 50 Meter vor der Grenze zwei Frauen gestellt, die versuchten, Fleisch zu schmuggeln. Als der Beamte die beiden Frauen auf das Zollamt bringen wollte, kam der Arbeiter Josef Hajol aus Jaborze angetrunken hinzu und versuchte, die Schmugglerine zu befreien. Er bedrohte den Beamten und setzte trotz dessen Warnungen seine Befreiungsversuche fort. Tatsächlich konnten die Frauen dann auch infolge seines Eingreifens fliehen. Während sie das Weite suchten, kürzte der Hajol auf den Beamten, so daß dieser gezwungen war, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Hajol erhielt einen Brustschuß, an dem er nach kurzer Zeit verstarb.

## Wieder eine eigene polnische Liste

bei den Reichstagswahlen  
 Die polnische Minderheit hat sich durch den empfindlichen Stimmenrückgang im Verlaufe der letzten Wahlen nicht einschüchtern lassen und beschloßen, bei der kommenden Reichstagswahl abermals mit einer eigenen Minderheitsliste aufzutreten. Jetzt ist der Wahlausschluß der polnischen Minderheit erschienen, der nach wie vor ein polnisches Bistum Oppeln und eine polnische geistliche Akademie in Oppeln verlangt.

Sonnabend,  
8. Oktober,  
ab 8 Uhr,  
kommt ein

# Neues Bier

nach  
**Kulmbacher  
Art, heil**  
neben unserem geliebten  
**Deutschen Pilsner**  
in unseren

# Schirdewan

Der kleine Schoppen 1/2 Liter 16 Pf.  
Der große Schoppen 3/4 Liter 30 Pf.

-Gaststätten  
zum Anstich  
Das erste  
Paß wird als

# Gratis

-Kostprobe  
verabfolgt.  
Beachten  
Sie unsere  
**Speisekarte**  
Sie sind uns  
herzlich  
willkommen

**Schirdewan-Gaststätten:**  
Klosterstraße 104  
(Stammhaus)  
Blücherplatz 67  
Feldstraße 11/13  
Friedrich-Wilhelm-Str. 45  
Katharinenstraße 9  
Messergasse 19/21  
Matthiasstraße 102  
Mühlgasse 19/21  
Neudorfstraße 69  
Rosenthaler Straße 29

### Sammler-Anzeigen

**Deutscher Bauergewerksbund**  
Am 5. Oktober verstarb unser langjähriges Mitglied,  
der **Bauhilfsarbeiter**  
**Georg Kramarzyk**  
im Alter von 62 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Mitglieder der Bauergewerkschaft Breslau.  
Beerdigung: Sonnabend, den 8. Oktober, 14 Uhr,  
von der Kapelle I des Oswitzer Friedhofes, Tor II.

Alles was Sie brauchen an  
**Schuhbedarfsartikeln, Ledersohlen usw.**  
kaufen Sie am besten bei  
**Walter Neuser, Neumarkt 21**

geburts-  
verlobungs-  
hochzeits-  
todes-  
**ANZEIGEN**  
Liefert schnell die  
**Volkswacht-Buchdruckerei**  
Flurstraße 1/4

Die richtige  
Adresse für  
**Lauren-  
Einkauf:**

**BBI**  
BRESLAUER  
GRÖßTES  
SPEZIALHAUS  
Alte  
Taschenschr. 3-6  
Kaiser Wilhelmstr. 5  
Keine anderen Geschäfte!

**Buchhandlung Volkswacht**  
Modernes Antiquariat  
Breslau 2 \* Flurstraße 4/6

**Runststopfen**  
von Säcken und Kissen in  
Ihren Kleidern  
führt geschäftl. und billig aus  
**Färberei Karl Berrens**  
Friedr.-Wilhelm-Str. 61

Die letzte Gelegenheit!  
**2 Millionen gewinnen!**  
Doppellose werden nur noch  
bei dieser Lotterie ausgegeben

**Ohne Geld** erhalten Sie Ihr  
Glücklos sofort  
an malteser Schalter ausgehändigt oder durch die  
Post in der Reihenfolge des Eingangs der Bestellungen  
zugewandt.

**Bazahlung hat bis 20. Okt. Zeit**  
Bestellen Sie bald, wenn Sie mit Bestimmtheit ein  
Arndt-Los besitzen wollen. Nur wenige Probekop-  
piere sind noch zu haben

**Arndt**  
Städt. Lot.-Einn.  
Breslau 5  
(Vergleichen Sie  
das Original)

Postcheck-Konto Breslau Nr. 2571

2- 10- 20- 40- Doppellose 80- M

### STADTHEATER

Freitag, 20 bis 22.30  
**Die Bohème**  
Sonnabend, 20 bis gegen 23  
Abendkonzert  
**Mittler Wu**  
Sonntag 15 bis 17.45 Uhr  
**Zacru Zimmermann**  
20 bis gegen 23 Uhr  
**Der fliegende Holländer**

### LOBETHEATER

Täglich 20.15 bis 22.40  
**Die endlose Straße**  
Sonntag 15.30 bis 17.45  
**Spiel im Schloß**  
**GERHART HAUPTMANN  
THEATER**  
Täglich 20.15 bis 22  
**Der Zieffapier**

### SCHAUSPIELHAUS OPERETTENTHEATER

Täglich 16.30 und 20.15 Uhr:  
**Giardasfürstin**  
nachm.: 30 J. — 1.25  
abends: 2.50  
Borwerk: Barock, Wertheim.  
Theaterkaffe: Telefon 363 09.  
Brogg: 10 Pf., Garber: 15 Pf.  
Sonntag nachm. Abendspiele.

### Speisezimmer

Eiche, moderne Ausstattung  
vollständ. **RM. 465.-**  
komplett  
**S. Brandt & Co.**  
Gartenstraße 65, I.  
(neben Capitol)

### Gerichtsfreudigam

**Maria-Höfchen**  
Sonntag, den 9. Oktober:  
**Dr. Kirmes-Feier**  
unter Mitwirkung der doppelt  
belegten Stimmungskapelle  
„Schorsch“.

### LICHTBURG

Gröschener Str. 94 a  
Telefon 551 63

In der Lichtburg ist diese Woche viel los!  
Ab heute Erstaufführung für Breslau!  
Der neueste deutschsprachige Spionage-Tonfilm:



## Spione an der Grenze

(Das Haus an der Grenze)  
Das Schicksal eines Meisterspions  
Eine spannende, aufregende und geheimnisvolle Salongeschichte  
Der Film, der durch die Echtheit seines Milieus zum groß. Erlebnis wird!  
Dazu  
Ehe mit beschränkter Haftung mit Werner Fütterer,  
Charlotte Susa

### EUROPA

Telefon 551 83 Friedrich-Wilhelm-  
Straße 67

Donnerwetter! Das ist ein Programm!

Die größte Tonfilm-Operette  
**Der Kongreß tanzt**  
mit  
Lillian Harvey :: Willi Fritsch

**GRETA GARBO**  
in  
**Yvonne, das Modell**  
Ufa-Tonwoche

### Primus-Palast

Mubenstraße 10  
Unwiderruflich nur bis einschl. Montag:  
Der Ufa-Großtonfilm  
**Yorck**  
mit  
Werner Krauß, Rudolf Forster, Grete Mosheim,  
Hans Rehmann, Friedrich Kayser usw.

Ein wichtiges Gemälde aus Preußens schwerer  
Zeit und Auferstehung, ein kraftvolles Bekenntnis  
zu Volk und Heimat, ein Werk, das jeder Deutsche  
gesehen haben muß

Ferner: Der Ufa-Tonfilm

### Der grüne Engel

und das übrige lörende Spielfilmprogramm  
Ufa-Wochenschaus  
Täglich 1/2 5 Uhr. Erwerblose wochentags halbe Preise.  
Sonntag 3 Uhr:  
Große Jugend-Vorstellung

### 2. Woche!

Das unübertroffene Meisterwerk  
Solch ein Film war noch  
nicht da — so urteilt einstimmig  
die gesamte Presse über

## Wolken- Stürmer

Heute:  
Marga v. Eisdorf  
in jeder Vors. persönlich anwesend!

**30 Frei-Rundflüge**  
Über Breslau  
werden ausgelost. — Gutscheine bis  
13. Oktober an der Theaterkasse er-  
hältlich. — Vorverkauf bei Wertheim.  
Vorst. 5, 7, 9 Uhr | So. 3, 5, 7, 9 Uhr

Ihr T. T. erwartet Sie!

### WELTBÜHNE

Friedr.-Wilh.-Str. 35  
3 Stunden Jubel  
und Lachen!  
1. Großtonfilm  
G. v. Bolvarys berühmte  
u. charmanteste Operette  
**Ein Lied, ein Korb,  
ein Mädel**  
Die herrliche Operette der  
4 populärsten Schlager  
des Jahres mit  
Gustav Fröhlich  
Martha Eggerth  
2. Großtonfilm  
**Wehe, wenn er  
losgelassen**  
Die zwerchelterschütternden  
Abenteuer des  
Herrn Revisor Haselbunn  
aus Meseritz  
in der Hauptrolle:  
**Viasta Burian**  
Das weinische Lustspiel  
W 3, So 3, letzte Vors. 8 1/2

### ASTORIA-PALAST

Fürstenstraße 32  
Ein Astoria-Großprogramm  
der Ufa-Wochenschaus  
1.  
**Paul Abraham's  
beste Tonfilmoperette**  
**Ein bißchen Liebe**  
für dich  
mit Leo Fery, Magda  
Schneider, H. Thimig,  
Georg Alexander  
Sie werden begeistert sein  
2.  
Der modäne  
Abenteuer-Tonfilm  
**Kavaliere  
vom Kartfürstendamm**  
Ein Hochstapler-Roman  
mit  
**Hel Fiedl, Friedl Birn**  
W 4 1/2, So 3, letzte Vors. 8 1/2

### Zentral

Theater - Westendstr. 50  
Bis Donnerstag, den 13. Oktober  
Ein ganz außergewöhnliches Ereignis!  
Lillian Harvey, die große Liebe einer ganzen Welt  
Hans Arberg, zum ersten und einzigen Male  
vereinigt in dem neuen Ufa-Groß-Tonfilm  
**QUECK**  
mit Willy Stiller, Paul Richter, Ilma Bast, Paul Westermeyer.  
Ein Film von Liebe, Musik, Humor, Sensation.  
Recht wie war je ein Film so bezaubernd, so  
temperamentvoll und so hinreißend. Ferner:  
Der Film der Prominenten!  
**Es tut sich was im Hollywood**  
Ein febelhafter, amüsanter Stummfilm mit den  
populärsten Schauspielern des Kontinents:  
John Gilbert — Marie Davies — Norma Talma —  
Ufa-Wochenschaus  
Volles Orchester  
im großartigen Varietè-Tell!  
Raiph und Charies, stumme, tanzende Komik.  
Gaston, Lu und Fery, Wunder der Elastik.  
Beginn tägl. 8.30 — Letzte Vorstellung 8.45 Uhr.

### Genossen! Ihr braucht Lampen!

Kauft diese nur in dem Haus für Werkzeuge, dem  
**Fahrradhaus SIEG, nur Neumarkt 19**  
Kohle-Lampen 2.-, 2.25, 2.50, 3.50  
Elektr. Glöhbirnen einschbl. 1.65, 1.95, 2.25 usw.  
Komp. Starklichtanlagen 7.65, 8.50, abblendbar 9.50, 10.50  
mit 2 Birnen, Umschaltung 10.95—11.95  
Extra große Glöhbirne, auch für Kleinkraftab 12.50—15.15  
Decken 0.85, 1.20, 1.50, 1.95  
Fahrräder ab Mk. 36.— kompl. mit Rücktrittbremse u. Zubehör  
Weitere Teile billigst!  
Deckt Euren Bedarf nur bei Ereignisgleichem!  
Genossen und Organisationsangehörige mit Ausweis  
5 Prozent Sonder-Rabatt!

## ATLANTIK

Gröschener Straße 74 Tel. 585 08  
Von Freitag bis Donnerstag!  
Höhepunkt aller bisherigen Atlantik-Programme!  
Karl Ludwig Diehl in dem Kriminal-Tonfilm  
**Der Schuß im Morgengrauen**  
mit Hermann Speelmann, Ery Bos, Th. Loos  
Aufregende Sensationen — fiebernde Spannung —  
betreibender Humor und selbige Liebe  
Dazu:  
Ramon Navarro als Sänger von Sevilla in  
**Das Gelübde der Keuschheit**  
(Der Lebensroman einer jungen Kloster-Novize)  
Ein grandioser Tonfilm in deutscher Sprache  
Ufa-Tonwoche — Die große Bühnenschaus  
Anfangszeit: 4.50 Uhr — Letzte Vorstellung 9 Uhr.

### 6 Schlager

aus unserer Spezial-Abteilung  
**Kinder-Konfektion**

Kind.-Kleidchen  
aus besond. gut ge-  
webtem Flanell, mit  
toro. Krag, garn. u.  
Höflich. Faltenrock.  
für 5 Jahre 2.75  
Jede weitere Größe  
30 Pf. mehr

Baby.-Kleidchen  
aus reinwoll. Bouclé,  
niedr. Hängertor,  
mit neuartigen  
Stückerei-Charakter.  
1. 1-2 Jahre 3.95  
Jede weitere Größe  
50 Pf. mehr

Mädel.-Kleidch.  
aus reinwoll. Bouclé,  
neuartig garniert,  
für 5 Jahre 4.95  
Jede weitere Größe  
60 Pf. mehr

Matros.-Anzüge  
schön, blau, Melton  
mit abknöpfbarem  
Kragen und ge-  
sticktem Anker.  
für 2 Jahre 3.95  
Jede weitere Größe  
50 Pf. mehr

Mädchen-Mäntel  
aus moll. Winter-  
flausch, flott ver-  
arbeitet, mit scham-  
pelkragen,  
für 5 Jahre 7.50  
Jede weitere Größe  
75 Pf. mehr

Knaben-Mäntel  
aus moll. Winter-  
flausch mit warm.  
Plaidfutter, schöne  
gedeckte Muster  
für 2 Jahre 5.95  
Jede weitere Größe  
50 Pf. mehr

Etwas ganz Besonderes: 1 Posten  
**Knaben-Anzüge**  
aus besond. gut Stoffen, in bester Verarbeitung, in un-  
sortiert. Grö. 1.4-7 Jahre. Serie I Serie II Serie III  
Stück 3.95 4.95 5.95

**Druckerei Volkswacht** **Arbeitsmarkt**  
Breslau 2 **Geübte**  
**Fantasiebut-  
Arbeiterinnen**  
(Putzmaschinen) für Heim-  
arbeit gesucht. 30  
Gef. Angebote u. A. 2953  
an die Volkswacht, Flurstr. 4

**Inferate** **erzielen in unserer Zeitung**  
— den größten Erfolg! —

**Grad** **Mohaupt**  
nur **Blinder**  
Ede Ring, früher Karitz 1.  
**Leihweise**  
Smoking u. Gehrockanlage  
Klapphüte • Tel. 570 83

Breslauer Nachrichten

Meeting der jungen Front

Sonntag 10,30 Uhr in der „Stala“, Nikolaitraße

30. Kapelle
Rezitationen: Schauspieler Ernst Kiefer
Jugend will helfen!
Sprache: Erich Hermann
„Menschen hinter Gittern“, Tonfilm, Regie: P. Jezos.

Eintrittskarten bei der betreffenden Organisations-Zentrale und an der Kasse zu haben.

Lügen werden umgelogen

Nachdem das hiesige Naziblatt den Stimmenrückgang in Stallupönen von 2199 auf 1262 in einem großen Anstieg von 199 auf 1262 umgekehrt hat, um einen großen Sieg zu konstruieren...

Wir werden wohl die Nazis erst die Niederlage umschreiben, die sie am 6. November im ganzen Reich treffen wird?

Zwei Paketdiebe gefchnappt

27 Diebstähle bereits nachgewiesen
Nach langen Ermittlungen ist es der Kriminalpolizei dieser Tage gelungen, in der Brüderstraße bei einem Fahrradkloster ein Warenlager auszuheben...

Einheitsfront

Vor dem Hause Berliner Straße 55 kam es in der vergangenen Nacht gegen 1,15 Uhr zu einer Schlägerei zwischen vier Männern.

Tobjuchtsanfall

Das Heberfallkommando mußte gestern nach der Friedrich-Wilhelmstraße 54 ausziehen. Dort hatte ein 22-jähriger Hausbewohner einen Tobjuchtsanfall erlitten...

Lagerveranstaltungen des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“

- Nachdem nunmehr die Verhandlungen betreffend Vergleichsverfahren des Konsumvereins „Vorwärts“ bis zu einem gewissen Punkte gediehen sind, finden die Lagerveranstaltungen des Konsumvereins „Vorwärts“ fortlaufend statt.

Die Arbeit der braunen Bürgerbänden

Der braune Straßenterror scheint noch schlimmere Formen als vor der letzten Wahlen anzunehmen

Wie gestern berichtet wurde, hatten die Nazistrolche im Laufe des Mittwochs zahlreiche Ueberfälle verübt. Unser gestriger Bericht enthielt aber längst nicht alle Schandtatzen.

Unter anderem wurde am Nachmittag des Mittwochs an der Ede Lohe- und Augustastrasse der Gewerkschaftskollege S. von einer Nazihorde angepöbelt...

Unter dem Schlagschrei „Los, raus mit dir!“ drangen die Banditen in den Kohlenhof ein, rissen S. die Kleider regelrecht vom Leibe und mißhandelten ihn derart schwer...

Ein Straßenpassant, der hinzukam, als der Kollege S. auf dem Boden liegend mit den Stiefeln bearbeitet wurde, und zu dieser Zeit bemerkte, daß sich 25 Mann, die einen einzelnen verprügeln, schämen mußten, wurde ebenfalls sogleich verfolgt...

In der Bohrauer Straße marschierten gegen 17 Uhr etwa 50 uniformierte Nazijünglinge in geschlossener Ordnung auf. Sie wollten unter Vorantritt einer Knüppelmusikkapelle demonstrieren...

Daß es sich bei allen Ueberfällen um die Arbeit einer organisierten Bande handelte, die merkwürdigerweise ungehindert durch die ganze Stadt ziehen und an allen Ecken ihre Schandtatzen verüben konnte, geht aus dem amtlichen Polizeibericht hervor...

Am Mittwoch, gegen 15 Uhr, zogen etwa 40 Angehörige der SA in Uniform vom Königsplatz in Richtung Ring, Hierherbei wurde ein an der Recheleite stehender Zeitungsvendekamerad...

Direktionsführer!

Sofort Material für die Unterkassierer im Parteibüro abholen

Vom Lebensmittelmarkt

Die recht kalten Nächte haben nun doch schon ihre Spuren beim Gemüse und Obst hinterlassen. Trotzdem sind fast alle angebotenen Waren noch von guter Qualität.

Auf dem Obstmarkt bietet sich nun schon manches überreife Obst an. So mühen die blauen Pflaumen gut ausgereift zu werden, wenn man sie noch einzufrieren beabsichtigt.

Die Butterpreise sind sehr hoch und zwar machte sich besonders ein Anziehen der Preise für Landbutter bemerkbar.

Mit dem Beginn der kühleren Jahreszeit würde zwar gern mehr Fleisch im Haushalt verwendet werden, wenn die Preise im Laufe der letzten Monate nicht allzulehr gestiegen wären.

Die Milch- und Geflügelgeschäfte bieten jetzt viel Hühner, Rebhühner, Kebabfleisch und Gajen an.

entwendet man ihm die Aktentasche, in der sich ein Sparlassenbuch und andere Gegenstände befanden.

In den Nachmittagsstunden schlug ein Trupp uniformierter SA-Leute, (es war die gleiche Kolonne) an der Ede Schweidnitzer und Gartenstraße auf einen Zeitungshändler der Schwarzen Front ein.

Gegen 16 Uhr bewegte sich ein Zug SA-Leute die Lohestraße entlang. Sie beobachteten dortselbst einen Mann, der ihnen offenbar nicht unbekannt war.

Gegen 23,30 Uhr wurde ein Stahlhelmann unweit des Braunen Hauses in der Neudorfstraße belästigt. Man entriß ihm das Stahlhelmschildchen.

Endlich eine solche Horde von 16 Mann festgenommen

Die braunen Verbrecherbänden zogen auch gestern nachmittags wieder in den Hauptstraßen der Innenstadt herum und fielen über Passanten her, die an irgendeinem Abzeichen erkennbar waren.

Kurze Zeit später machte sich die Bande wieder in der Gartenstraße breit und standbarte vor dem Grundstück, in dem sich die Büroräume des Reichsbannerkameraden befinden.

Sogleich ging es zu neuer Arbeit und als die Kolonne an der Ede Theaterstraße wieder über einen Angehörigen der Eisernen Front herfiel, um ihm das Abzeichen zu entreißen...

Eier haben einen Stückpreis von 7 bis 10 Pf. In den Blumengeschäften blühen die schönen kleinblumigen Chrysanthem und die vielfarbigen Astern.

Die Wahrheit über den Fall Nebermann

Obgleich der Freidenker-Verband sich bisher zu diesem Fall in vornehmer Zurückhaltung gezeigt hatte, ist es nun durch die widerwärtige Agitation dieses ausgeprochenen Betrügers doch notwendig geworden...

Der frühere Bürohilfsarbeiter Hans Nebermann, Breslau, Staroweg 13, verteilt mit Hilfe seiner politischen Freunde aus der SA, selbstverfertigte Flugblätter mit Anwürfen an den Unterzeichneten, deren Haltlosigkeit bereits längst nachgewiesen sind.

Selbstmord mit Kofol

Im Grundstück Frankfurter Straße 122 nahm gestern der 53jährige Buchdrucker Erich K. aus der Kupferstraße 29 Selbstmord an.

Silberhochzeit
feiert heute Genosse August Scholz, Gabitzstraße 46, Hs. II. und seine Ehefrau Anna geb. Röhmel.



Das ist alles!

## Was Papen für die Pächter tut Sentung der Pächten gibt es nicht

In der letzten Notverordnung hat die Papenregierung auch eine schöne Geste gegenüber den Pächtern zu machen versucht. Selbst kommt dabei für die Pächter nicht viel heraus.

Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die sich mit aller Energie für die Interessen der Pächter einsetzt. Das besagt der Kampf, den die Sozialdemokratie für die Pächter führt. Nachdem die Sozialdemokratie bereits im März eine Verzinsung des Pachtzinses gefordert hatte, war es selbstverständlich, daß sie auch dem neuen, am 30. Juli gewählten Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegte, nach dem alle landwirtschaftlichen und gärtnerischen Pächten ab 1. Oktober 1932 um 30 Prozent, mindestens aber auf die Höhe der Vorkriegssachen, gesenkt werden sollen. Ist trotz dieser Sentung die Pacht auch dann noch höher, als sie einer angemessenen Verzinsung des Steuerwerts des verpachteten Grundstücks entspricht, so soll sie nach dem Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Antrag nochmals entsprechend gesenkt werden. Zum Schutz des Pächters war weiterhin gefordert worden, daß Pachtverträge mit häuerlichen Pächtern nicht gekündigt werden dürfen, wenn der Pächter ohne Pachtland seinen Betrieb nicht aufrechterhalten kann, es sei denn, daß der Pächter das Land nachweisbar schlecht bewirtschaftet.

Auch die Papenregierung konnte sich dem von der Sozialdemokratie auf sie ausgeübten moralischen Druck endlich etwas für die Pächter zu tun, nicht entziehen, obwohl ihre Sympathien

sicherlich mehr auf Seiten der Verpächter als auf Seiten der Pächter liegen. In der letzten Notverordnung wurde den Pächtern ein Schutz vor Kündigung gewährt, nachdem man der gesamten Landwirtschaft eine fähbare Sentung der Hypothekenzinsen und die Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes ausgedehnt hatte. Der Pächter hat jetzt das Recht, wenn er mit dem Pachtzins ganz oder teilweise im Rückzug ist und der Verpächter ihm daraufhin kündigt, das Pachtverhältnis anzurufen, das dann entscheiden kann, ob die Kündigung zulässig ist oder nicht. Das Pachtverhältnis darf den Anträgen des Pächters aber nur dann zustimmen, wenn die Unterlassung der Pachtzahlung durch Unwetter, Viehpesten oder durch besonders schlechte Preise für die Verkaufserzeugnisse der Pächter begründet ist. Von einer Sentung der Pächten selber ist in der Notverordnung keine Rede. Der Rechtsanspruch des Verpächters auf Nachzahlung der Pächten bleibt bestehen, so daß bei einem späteren Zeitpunkt, wenn die Verordnung aufgehoben wird, der Pächter verurteilt werden kann, alles nachzuschauen, was natürlich zu seinem völligen Ruin führt.

Zu einer tatsächlichen Hilfe für die Pächter hat sich also die Regierung Papen nicht durchbringen können, so daß die Sozialdemokratie nach wie vor für die Kleinpächter gegen die Baronsregierung kämpfen muß. In diesem Kampf müssen die Pächter der Sozialdemokratie treue Gefolgschaft leisten. Deshalb rufen wir die Pächter auf, am 6. November geschlossen für die Sozialdemokratische Partei einzutreten.

gegen den Widerstand des Landtages einführen wollte. Der Plan scheiterte damals am Widerstand der Sozialdemokratie. Dann ging die rein nationalsozialistische Regierung in Oldenburg zur Einführung der Schlachtsteuer über, ohne daß auch nur die Spur von einem Zwang vorlag, wie etwa in Preußen. Jetzt kommt das nationalsozialistische regierte Braunschweig und will Schlachtsteuern einführen. Dagegen haben die Fleischermesse am Sonntag heftig protestiert; sie meinen, unter dem nationalsozialistischen Regime in Braunschweig wären in den Kassen derartige Wägen entstanden, daß man sie durch Schlachtsteuern nicht ausfüllen kann.

### Die Beherlichung des Rundfunks

Das Reichspostministerium teilt mit: Die schwebenden und zeitraumbunden Verhandlungen mit den Privataktionären der Deutschen Sendegesellschaften sind zum Abschluß gebracht worden. Alle Aktien dieser Gesellschaften stehen jetzt dem Reich zur Verfügung. Damit sind die Voraussetzungen erfüllt, die zur Umwandlung der bisherigen Aktiengesellschaften in Gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung erforderlich waren. Die formelle Umwandlung selbst wird nunmehr mit Beschleunigung durchgeführt. Diese Umwandlung und die Kündigung der SendekonzeSSIONen der alten Gesellschaften haben auf den Sendebetrieb des Deutschen Rundfunks weder nach der wirtschaftlichen, noch nach der technischen Seite irgendeinen Einfluß. Das Reichspostministerium hat alle Maßnahmen getroffen, die die störungsfreie Fortführung des Sendebetriebes sicherstellen. Die Gesellschaften haben die nötigen Geschäftsanweisungen erhalten.

### Arbeitslosendemonstrationen im Osten Londons

Im Osten Londons kam es gestern abend zu Arbeitslosendemonstrationen, die zeitweise einen bedrohlichen Charakter annahmen. Mehr als 10 000 Arbeitslose, darunter viele Frauen, umlagerten das Rathaus. Die Gemeinderäte mußten von der Polizei durch die Hintertür nach Hause geleitet werden. Polizei zu Fuß und zu Pferde ging wiederholt mit Gummirümpeln gegen die Menge vor.

### Gehaltsverhandlungen für Angestellte gescheitert

Wie uns vom Zentralverband der Angestellten mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen über die Gehälter der Breslauer Angestellten in Handel und Industrie abgebrochen worden. Die Angestelltenvertreter sahen keine Möglichkeit eines Zusammenschlusses. Gegen Ende der nächsten Woche soll sich der angerufene Schlichtungsausschuß nochmals mit der Streitfrage beschäftigen.

Der Streit der Hilfsarbeiter in der Druckerei der „Frankfurter Zeitung“ ist beendet. Die Arbeit ist zu den verringerten Sätzen des Schiedspruches wieder aufgenommen worden.

## Deutsch-italienischer Handelskrieg

### Abschub in Holland

Die deutsche Kontingentierungskommission mit dem Rundschreiben durch Europa hat sich am Dienstag von Holland nach Rom begeben. In Holland hat der Führer der Delegation, Ministerialrat Walter vom Reichsernährungsministerium, eine glatte Absage hinnehmen müssen. Die Vertreter der holländischen Regierung stellten sich auf den Standpunkt, daß die deutschen Kontingentierungsentscheidungen unmöglich eine Verhandlungsgrundlage abgeben könnten.

Man kann sich über den Verlauf der Dinge in Holland nicht wundern. Die Holländer haben der deutschen Regierung von vornherein darüber keinen Wein eingeschenkt, daß sie die deutschen Kontingente nicht ohne weiteres schlucken werden. Trotzdem schickte man den kleinen Ministerialbeamten Walter nach dem Haag, damit er in Dingen verhandle, die für die Zukunft der deutschen Wirtschaft von lebenswichtiger Bedeutung werden müssen.

Die Einzelheiten der Mission Walters sind so unverständlich und unbegreiflich, wie die Tatsache, daß man erst nach Holland ging, um sich eine politisch-diplomatische Niederlage zu holen, die voraussehen und nicht zu vermeiden war.

Nun sieht die Kommission in Rom, wo die Dinge noch zerrigter sind als in Holland. In Berliner Regierungskreisen scheint man sich immer noch einzubilden, man könnte die italienische Devisenangelegenheit mit den Kontingentierungsdingen verknüpfen, um so zu einer Generalvereinbarung zu kommen. Die letzten Ereignisse beweisen aber, daß es nicht ratsam ist, sich solchen Illusionen hinzugeben.

Tatsache ist, daß Deutschland sich seit Dienstag mit Italien im offenen Handelskrieg befindet. Das deutsche Reichswirtschaftsministerium teilt sehr kleinlaut mit, daß die italienische Regierung, nachdem das mit Italien abgeschlossene Devisenabkommen von Deutschland gekündigt worden ist, mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 ab eine allgemeine Sperre für die Bezahlung deutscher Warenlieferungen nach Italien verhängt hat. Die Dinge sehen in den italienischen Ankündigungen allerdings so aus, daß Italien nur 25 Prozent an Devisen zur Verfügung stellen wollte. Seitdem hat die deutsche Reichsbank Devisen für die Einfuhr italienischer Waren nach Deutschland nicht zur Verfügung gestellt. Darauf scheint Italien erst die allgemeine Devisensperre angeordnet zu haben.

Das ist der offene Handelskrieg. In diesem Krieg kämpft zunächst mal Ministerialrat Walter mit seinem europäischen Rundschreiben.

Auch hier soll man sich vor dem Glauben hüten, Italien bald klein zu kriegen. Die Situation liegt gegenwärtig für Italien viel günstiger als für Deutschland. Der Export italienischer Waren nach Deutschland ist beendet. Die Wollensaison beginnt erst im Weihnacht. Bis dahin dürfte der Schaden, der aus dem Handelskrieg erwächst, für Deutschland größer sein als für Italien. In diesem Augenblick des Handelskrieges zu riskieren, ist schon mehr als Abenteuer.

Im Stockholmer „Socialdemokraten“ kritisiert Generaldirektor Verne die neue deutsche Handelspolitik, die Deutschland zur Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages veranlaßt. Verne stellt im „Socialdemokraten“, der jetzt unter der neuen sozialistischen Regierung in Schweden halb offizieller Charakter hat, fest, daß alle fünf Staaten, die der im Jahre 1931 geschlossenen handelspolitischen Oslo-Entente angehören, also Belgien, Dänemark, Norwegen, Holland und Schweden, in weit höherem Maße von Deutschland laufen als nach Deutschland verkaufen. In den Jahren 1929 bis 1931 hat Deutschland von den fünf Staaten der Oslo-Entente und von Finnland einen Exportüberschuß von 4,070 Milliarden aufzuweisen gehabt, so daß die sechs genannten Länder ein Viertel des deutschen Gesamtexports konsumieren. Der Autor empfiehlt der Regierung, die Voraussetzungen eines engeren Zusammenwirkens der Oslo-Entente und Finnlands näher zu prüfen zwecks gemeinsamer Abwehr der rücksichtslosen Methoden der neuen deutschen Handelspolitik, falls Deutschland seine Kampfpolitik gegen eines dieser Länder zur Anwendung bringen oder den an sich schon unangenehmen Deutschlands ausfallenden Warenverkehr durch neue Restriktionen erschweren sollte.

### Schlachtsteuer auch in Braunschweig

So handeln die Nazis nach ihren wilden Reden.

Mit der Fleischsteuer haben die Nationalsozialisten ganz entschieden Pech gehabt. Als man sich in Preußen zu einer vorläufigen Einführung dieser Steuer entschließen mußte, und zwar unter Druck der Regierung Papen, wurde das in aller Welt natürlich verschwiegen, daß die preussische Regierung das bestimmte Versprechen gegeben hatte, die Fleischsteuer sofort ab-

zuschaffen, sobald die Regierung Papen die Zahlungen an Preußen leiste, zu denen sie nach einem Abkommen mit Preußen verpflichtet war.

Währenddessen haben wir mit der Schlachtsteuer, mit der die Nationalsozialisten ihre Wahlagitation im Frühjahr und Sommer 1932 gemacht haben, merkwürdige Dinge erlebt. Zunächst war es die nationalsozialistisch-deutschnationale Regierung Mecklenburg-Strelitz, die die Schlachtsteuer

## Generalversammlung der Breslauer Metallarbeiter

Der Deutsche Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Breslau, hielt am 4. Oktober 1932 seine Generalversammlung ab, in welcher der Kassens- und Geschäftsbericht vom 3. Quartal 1932 und die Wahl von drei Delegierten zur Bezirkskonferenz auf der Tagesordnung stand. Aus dem Kassens- und Geschäftsbericht der Kollegen Reil und Ziegler war folgendes zu entnehmen: Die Mitgliederzahl beträgt 10 002. Beitragsmarken sind 130 030 verkauft. Neueintritte sind 25 erfolgt. Der Verband ist in seiner Mitgliederzahl stabil geblieben. Im zweiten Quartal betrug die Mitgliederzahl 10 400 und die Zahl der verkauften Marken 130 505. Von den 130 030 Beitragsmarken entfallen auf die Erwerbslosen 61 583 Marken. Für Krankenunterstützung wurden 5174,65 Mark, für Arbeitslosenunterstützung 34 494,50 Mark zur Auszahlung gebracht. An Invalidenrente wurden 3745 Mark bezahlt. In Kostfällen 3168,10 Mark, Sterbegeld 1953,25 Mark. Für Gemeinnützigkeitsunterstützung und Reisegeld wurden 900 Mark ausgezahlt.

Tarifverträge wurden im dritten Quartal neu für die Bauarbeiter mit einem Spitzenlohn von 78 Pfg. und 16 Prozent Leistungszulage und für die Installateure mit einem Spitzenlohn von 90 Pfg. bis zum 31. März 1933 abgeschlossen.

In der Metallindustrie herrscht für die Lohn- und Arbeitsbedingungen seit dem 31. Juli 1932 ein tarifloser Zustand. Die tariflichen Löhne werden aber weitergezahlt. Es haben schon viele Verhandlungen, darunter zwei vor dem Schlichtungsausschuß stattgefunden, die aber zu keiner Verständigung führten. Der Schlichtungsausschuß hat mit Rücksicht auf die Lohnfortzahlung in der Metallindustrie der Provinz, die zum Streit geführt haben, keinen Spruch gefällt. Die Metallindustriellen verlangen in ihrem letzten Vorschlag, daß die Tariflohnsätze des gelernten Arbeiters von 68 auf 65 Pfg., des angelernten Arbeiters von 60,5 auf 58 Pfg., des ungelerten Arbeiters von 54 auf 50 Pfg., der angelernten Arbeiterin von 38,5 auf 36 Pfg. und der ungelerten Arbeiterin von 34,5 auf 32 Pfg. herabgesetzt werden. Die Affordätze sollen in der Spitze für den Gelernten wie bisher 62 Pfg. betragen, für den Angelernten von 55,5 auf 55 Pfg., für den Ungelernten von 48,5 auf 47 Pfg. herabgesetzt werden. Für die angelernten Arbeiterinnen soll es bei dem bisherigen Affordatz bleiben, für die ungelerten Arbeiterinnen soll der Affordatz von 31 auf 30 Pfg. gekürzt werden. Als Ausgleich für die Kürzung der Tariflohnsätze sollen die Leistungszulagen, die bisher bis 12,5 Prozent betragen, bis 15 Prozent und die bis 7,5 Prozent betragen, bis 10 Prozent erhöht werden. Die Löhne in der Elektrotechnik sollen für Monteure von 78 auf 69 Pfg., für Hilfsmonteure von 71,5 auf 65 Pfg. gekürzt werden. Die Lehrlingslöhne sollen durchweg um 1 Pfg. gesenkt werden. In den Affordatzbestimmungen soll neu aufgenommen werden, daß der Affordatz richtig ist, wenn ein Ueberverdienst von 20 Prozent erzielt wird. Für die angelernten Arbeiterinnen soll nur noch der Affordatz ihrer Altersklasse zur Anwendung kommen. Bisher hatten die Arbeiterinnen von 21-24 Jahren den Affordatz der über 24-jährigen Arbeiterinnen erhalten und die unter 21 Jahre alten Arbeiterinnen erhielten den Affordatz der nächsthöheren Altersklasse. Bei den angelernten Arbeitern unter 21 Jahre soll ebenfalls nur der Affordatz ihrer Altersklasse und nicht wie bisher der der nächsthöheren Altersklasse zur Anwendung gebracht werden. Außerdem wollen die Metallindustriellen die Möglichkeit haben, alle Afforde, die einen Ueberverdienst von mehr als 25 Prozent ergeben, zu ändern. Weitere Verschlechterungen an den Affordatzbestimmungen sollen dadurch vorgenommen werden, daß die prozentualen Zuschläge für Affordatzarbeiter, die im Lohn arbeiten, nicht mehr auf den Lohnsatz, sondern auf den Affordatz erfolgen sollen. Die Vertreter der Arbeiter lehnten jede materielle Verschlechterung ab. Am Dienstag, dem 9. Oktober, finden vor dem Schlichtungsausschuß neue Verhandlungen statt, wahrscheinlich wird dann ein Spruch gefällt werden.

In der Provinz hat der stellvertretende Schlichter den Parteien folgenden Vorschlag unterbreitet: Der Spitzenlohn wird von 68 auf 65 Pfg., der Affordatz von 63 auf 62 Pfg. herabgesetzt. Die übrigen Löhne sollen in demselben Verhältnis gekürzt werden. Dieser Vorschlag soll bis 31. Januar 1933 Geltung

haben. Er ist bereits von den streikenden Metallarbeitern in der Provinz mit 86 Prozent der abgegebenen Stimmen abgelehnt worden, insbesondere auch deshalb, weil in diesem Vorschlag für die Wiedereinstellung der Arbeiter keinerlei Sicherheit enthalten ist.

Lohnkürzungen mit Hilfe der Verordnung der Papenregierung sind bisher nur von der Firma Faulhaber versucht worden. Die Arbeiter haben diesen Versuch zurückgewiesen. Sie glauben, daß die Firma die Notverordnung für ihren Betrieb nicht anwenden kann, weil der Betrieb ein Saisonbetrieb ist und weil die Firma bis zum heutigen Tage ihre Unterzeichnung unter den Lohnvertrag der Bauhändler nicht genehmigt hat zu geben. Trotzdem hat diese Firma recht eigenartige Schreiben an ihren Betriebsrat und an den Deutschen Metallarbeiterverband gerichtet. Die Schreiben sind typisch für die geistige Atmosphäre, in der sich heute die Unternehmer befinden. Deshalb bringen wir sie hier zum Abdruck:

„An den Betriebsrat der Firma Th. Faulhaber.

Wir nahmen davon Kenntnis, daß die heutige Betriebsversammlung den Streit befehligt für den Fall, daß die vorgesehene Lohnkürzung durchgeführt werden soll.

Wir setzen uns sofort mit den zuständigen Stellen in Verbindung und erklären, daß wir nur unter dem Zwange der Stilllegung des Betriebes durch Streik, insofern dringender Arbeiten, von unserem Recht der Lohnkürzung Abstand nehmen. Alle unsere weiteren Entschliessungen und Rechte behalten wir uns vor.

Wir betonen, daß unsere Maßnahmen sich vollkommen auf gesetzlicher Grundlage stützen und betonen nochmals, daß wir von dem Recht, die gesetzlichen Vorschriften anzuwenden, nur infolge des ausgeübten Zwanges Abstand nehmen.

Breslau, den 1. Oktober 1932.

Th. Faulhaber.“

Titl. Metallarbeiterverband, Hier I.  
Auf Grund der Verordnung vom 5. September 1932 haben wir durch Anschlag angekündigt, daß wir von dem Recht der Lohnkürzung Gebrauch machen; da für unseren Betrieb mit den Arbeitnehmern der Breslauer Bauhändlervertrag als maßgebend vereinbart und dieser Tarif außerdem allgemein verbindlich erklärt worden ist, befinden wir uns mit der auf Grund der erlassenen Vorschriften vorgenommenen Maßnahme im Recht.

Die Belegschaft der Schlosserei beantwortet dies mit Streik bzw. Streikdrohung und hatte bereits für einige Zeit heute Vormittag die Arbeit eingestellt, hat aber mit dem Hinweis, daß sie damit nur vorläufig die Arbeit aufnehme, den Streik zunächst wieder abgebrochen.

Wir machen Sie als Tarifvertragspartei darauf aufmerksam, daß unsere Maßnahme zu Recht besteht und bitten Sie in Wahrung der Tarifvertragspflicht Ihre bei uns beschäftigten Mitglieder anzuweisen, jede Streikmaßnahme zu unterlassen, andernfalls Sie die Mitglieder aus der Gewerkschaft ausschließen müssen.

Den Eingang dieses Schreibens bitten wir, uns zu bestätigen und uns anzugeben, daß Sie mit unserer Auffassung einig gehen.

Hochachtungsvoll!

Th. Faulhaber.

gez.: Unterschrift.“

Bei der Firma Schwerin & Söhne sind ebenfalls Metallarbeiter beschäftigt, die von der Lohnkürzung auf Grund der Verordnung der Papenregierung betroffen werden. Auch diese Firma scheidet die Verordnung in unzulässiger Weise in Anwendung bringen zu wollen. Die Angelegenheit ist dem Schlichter zur weiteren Prüfung übergeben worden.

Die Wahl der drei Delegierten zur Bezirkskonferenz hatte folgendes Ergebnis: Es erhielten Stimmen: Ziegler 180, Gläser 149, Kluge 137, Rettich 84, Diebs 90. Die ersten drei genannten Kollegen sind somit als Delegierte für die Bezirkskonferenz gewählt.

## Alle neun freigesprochen

### Zodesurteil gegen die „Methode Sondergericht“ in der Berliner Röntgenstrahlen-Verhandlung

In der Berliner Sondergerichtsverhandlung gegen die neun angeklagten kommunistischen Arbeiter, die sich wegen gemeinsamen Totschlags und Landfriedensbruchs zu verantworten hatten, verkündete Landgerichtsdirektor Löffel am Donnerstag-Nachmittag 4.10 Uhr folgendes Urteil: „Die Angeklagten werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.“

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus: Das Gericht glaubt, daß am Abend des 29. August in der Röntgenstraße in Charlottenburg sowohl von Kommunisten als auch von Nationalsozialisten geschossen worden ist. Das Gericht ist aber nicht in der Lage, festzustellen, wer von den Angeklagten geschossen hat; er weiß auch nicht, wer zuerst geschossen hat. Es ist den Angeklagten auch nicht zu widerlegen, daß sie nach Schluß ihrer Versammlung ihre in der Röntgenstraße wohnenden Kameraden nach Hause begleiteten und vor Hebergriffen der Nationalsozialisten schützen wollten. Wenn man aber hieron ausgeht, dann kann man nicht sagen, daß es bei dem Topp, den die Kommunisten bildeten, um eine Menschenanmaßung handelte, die Rechtswidrigkeiten begehen wollte. Landfriedensbruch liegt also nicht vor. Wenn die Kommunisten geschossen haben, so haben sie in der Notwehr gehandelt, nicht aber Totschlag begangen. Nur der, der den ersten Schuß abgegeben hat, hat höchstwahrscheinlich nicht in Notwehr gehandelt — aber dieser Erschützte ist nicht bekannt. Es könnte sogar nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme möglich sein, daß der getöte SA-Mann Gatschke selbst aus einer Schredschußpistole die ersten Schüsse abgab und daß diese Schredschüsse das ganze Unglück ausgelöst haben. Zumindest läßt sich nicht feststellen, daß die Angeklagten schuldig sind. Andererseits muß aber auch betont werden, daß die Angeklagten von der Staatsanwaltschaft keineswegs leistungsfähig erhoben wurde, denn da ja von vornherein feststand, daß bei dem Zusammenstoß drei Nationalsozialisten angefallen worden waren, lag es nahe, daß die Täter auf kommunistischer Seite zu suchen seien. (Zu den nationalsozialistischen Anwälten.) Das Gericht hofft auch, daß wenigstens viele von denen, die heute noch häßlich den Kopf der Angeklagten verlangen, ihm in späteren ruhigeren Zeiten für das Urteil dankbar sein werden.

Die Angeklagten, die bereits am Vortage aus der Haft entlassen worden waren, wurden im Saal und später auf der Straße von ihren Freunden herzlich begrüßt und begrüßungswünscht.

Der Vorsitzende versuchte in seiner Urteilsbegründung die Tendenz der Anklageerhebung zu rechtfertigen. Aber ein solch verhängnisvoller Irrtum der Staatsanwaltschaft wäre im ordentlichen Gerichtsverfahren, das erst nach richterlicher Voruntersuchung in Gang kommt, nicht möglich gewesen. Es sei denn, es wäre auf die Sachlichkeit und Unparteilichkeit der Polizei Verlaß. Daß man sich auf die Polizei nicht verlassen kann und daß vielmehr mit dem Einfluß nationalsozialistischer Wünsche gerechnet werden muß, bewies die Gerichtsverhandlung zur Genüge. Es war bisher noch nicht da, daß die Photographie eines Tatverdächtigen, der von einem Zeugen wiedererkannt werden soll, zum Zwecke der besseren Rekonstruktion mit Seidenpapier überdeckt wurde — allerdings handelte es sich um einen kommunistischen Tatverdächtigen. Es war bisher noch nicht da, daß ein Tatverdächtiger, der immerhin auf Grund der Terrornotverordnung mit der Todesstrafe rechnen mußte, von der Polizei die Erlaubnis erhielt, mit der Straßenbahn aufs Präsidium zu kommen, weil im Polizeiauto kein Platz mehr war — allerdings handelte es sich hier um einen nationalsozialistischen Tatverdächtigen. Es war bisher noch nicht da, daß ein Tatverdächtiger aus der Haft entlassen wurde, „weil er ein einwandfreies Alibi nachweisen konnte“, das — von der Polizei niemals nachgeprüft worden ist — allerdings handelte es sich um einen SA-Mann. Der Irrtum der Staatsanwaltschaft ist in mehrfacher Hinsicht verhängnisvoll. Ohne den Irrtum der Staatsanwaltschaft wären den angeklagten neun jungen Arbeitern jene Seelenqualen der Todesahnung erspart geblieben, von denen selbst der Vorsitzende sprach. Der Irrtum der Staatsanwaltschaft hat den wirklichen Mörder des SA-Mannes Gatschke, die jetzt mit Bestimmtheit in den Reihen der eigenen Parteikameraden des Getöteten zu suchen sind, inzwischen Gelegenheit gegeben, einzuweichen aus Berlin zu verschwinden. Wir können versichern, daß diese Gelegen-

heit benutzt wurde; der Sturm 33 ist nur noch zu einem Bruchteil in Berlin.

Ob die Vorgänge in der Nacht zum 29. August in der Röntgenstraße jemals ganz aufgeklärt werden, kann mehr als zweifelhaft erscheinen. Das ist nicht nur bedauerlich im Interesse des Rechtes, sondern auch im Interesse der Angeklagten, denen das Gericht die erwiesene Unschuld zu bestreiten sich nicht entschließen konnte, obwohl auch der „Rädelsführer“ Calm noch- mals in seinem Schlusswort versichert hatte: „Wir haben die uns zur Last gelegte Tat nicht begangen und nicht begehen wollen, denn wir wollen die nationalsozialistischen Arbeiter nicht erschlagen, sondern in die antifaschistische Front einreihen“. Das war sehr ruhig gesagt. Man sehr glaubhaft. Auch sonst mußte es dem unbefangenen Beobachter der Mosabiter Verhandlung erscheinen, als ob der sehr sachlich auftretenden Verteidigung der Rechtsanwälte Pitten und Rosenfeld nicht nur der Nachweis der Unschuld der Angeklagten gelungen wäre, sondern auch der Nachweis der Schuld der Mitglieder der SA 33, die den Mord- überfall auf die von ihrer Versammlung heimkehrenden Kom- munisten planmäßig vorbereitet und durchgeführt, durch zu frühes Loschlagen aber bewirkt haben, daß der Blutat ihre eigenen Leute zum Opfer fielen. Die Nationalsozialisten haben durch grösste Zeugenaussagen diesen Tatbestand zu verdrängen versucht. Das Gericht hat ihnen nicht geglaubt, mißtrauisch gemacht durch die Berichte über den Dauerterror, der von den Mitgliedern der SA 33 in der Röntgenstraße ausgeübt wurde, belehrt wohl auch durch die Störungen deutschnationaler Versammlungen durch Nationalsozialisten. Sind frühere Ver- urteilungen von angeklagten Arbeitern, insbesondere auch die Verurteilung unseres Reichsbannerkameraden Kothke, nicht damit zu erklären, daß die Gerichte über die Wesensart der Nationalsozialisten noch vor wenigen Wochen eine ganz andere, nämlich eine zu hohe Meinung hatten?

Das Gericht hat zweifellos seine Überzeugung über die psychologische Wahrscheinlichkeit der nationalsozialistischen Unschuld geändert. Es darf daher nur eine Konsequenz geben: die früheren Sondergerichtsurteile sind einer strengen Nach- prüfung zu unterziehen.

## Großfeuer im Hamburger Hafen

Stundenlang wurde gestern auf dem am Schuppen 85 im Hamburger Hafen liegenden 7268 Brutto-tonnen großen englischen Motorschiff „Glenawon“ ein Feuer bekämpft, das in der Copra- Ladung ausgebrochen war und sich schnell über die Lagerräume verbreitet hatte. Die Feuerwehr, die mit mehreren Jügen und Hochbooten zur Stelle war, arbeitet mit 23 Kohlen. Es gelang ihr schließlich, des Brandes Herr zu werden. Menschen sind bei dem Feuer nicht zu Schaden gekommen.

## Weltraumrakete explodiert

Am Donnerstag nachmittag ließ Ingenieur Winkler auf der Friesen Rehrung die von ihm konstruierte Flüssigkeitsrakete starten. In etwa 12 Meter Höhe explodierte der untere, die Brennstoffbehälter fassende Teil der Rakete, die darauf sofort zu Boden fiel. Verletzt wurde niemand.

## Ein Postreford

### Bernabuco—Hamburg in 3 1/2 Tagen

Die vom Graf Zeppelin auf seinem jüngsten Südamerikaflug, der am 4. Oktober in Friedrichshafen endete, mitgeführte Post, hat für die Zustellung von Bernabuco nach Hamburg nur 3 1/2 Tage benötigt. Die Hamburger Post wurde von Friedrichshafen mit Sonderflugzeug nach Stuttgart-Wöblingen gebracht und von dort mit dem fahrplanmäßigen Luftkranz-Flugzeug weitergeleitet. Ein Sonderkraftwagen brachte die Post vom Hamburger Flughafen in die Innenstadt, von wo die Zustellung mit besonderem Zubringerdienst erfolgte. Diese Art der Zustellung soll, wie verlautet, beibehalten werden, um den Postkunden von den Vorteilen der Luftpostbeförderung mit dem deutschen Zeppelin-Luftschiff zu überzeugen.

## Goethe-Medaille

Verlagsbuchhändler Dr. Friedrich Oldenbourg-München, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Deutschen Bücherei in Leipzig und Dr. Heinrich Ullrich, Direktor desselben Instituts, wurden durch Verleihung der „Goethemedaille für Kunst und Wissenschaft“ ausgezeichnet.

## Zwei Todesurteile im Rhedauer Mordprozess

Bielefeld. Im Rhedauer Mordprozess gegen die Autobanditen wurde vom Bielefelder Sondergericht das Urteil gefällt. Die beiden Angeklagten Wabbel und Kusznyski, beide aus Bochum, wurden wegen Totschlags an einem Polizeibeamten in Tateinheit mit verdrühtem Totschlag an einem zweiten Polizei- beamten nach § 1 Ziffer 1 der Notverordnung des Reichspräsi- denten vom 9. August 1932 zum Tode verurteilt.

Die beiden Angeklagten hatten auf der Flucht nach einer mehrtägigen Diebesjagd in einem gestohlenen Auto am 10. Sep- tember zwei Polizeibeamte, die sich ihnen in den Weg stellten und Haltegebote mit einer Taschenlampe gaben, im 80-Kilometer- Tempo angefahren, wobei der eine Beamte getötet, der andere schwer verletzt wurde.

## Haubüberfall

In Stettin wurde eine über 60 Jahre alte Witwe in ihrer Wohnung überfallen, niedergeschlagen und ihrer Ersparnisse in Höhe von etwa 500 Mark beraubt. Der Täterhaft verdächtig ist ein Ehepaar, das sich am Tag zuvor bei der Ueber- fallenen eingemietet hatte.

## Der erste Schnee

In den Allgäuer Hochalpen fiel Schnee. Die Schneegrenze geht bis auf 1200 Meter hinab.

## Gronau im Rundfunk

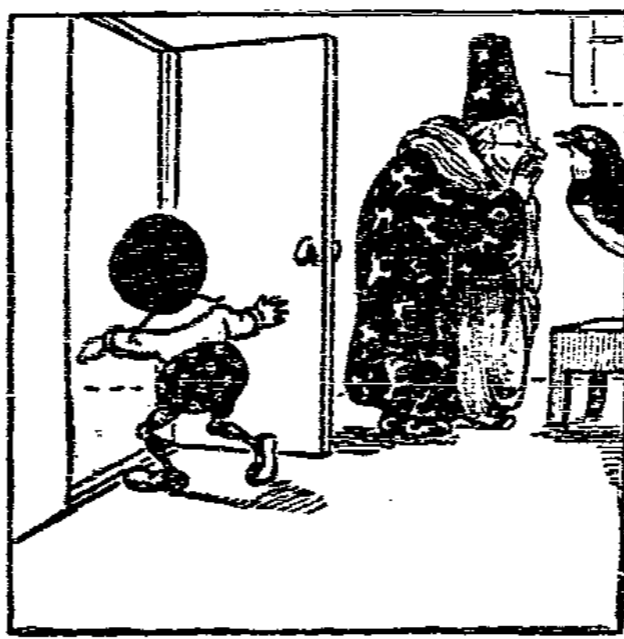
Heute abend zwischen 7 1/2 und 8 Uhr werden alle deutschen Sender mit Ausnahme des Senders von Königsberg ein bemerkenswertes Interview mitteilen. Der Weltflieger v. Gronau spricht von Batavia aus mit dem Reporter der Berliner Funkstunde, Dr. Kattke. Der Weltflieger befindet sich bereits auf dem Wege von Singapur nach Batavia (Niederländisch-Indien).

## Die Bevölkerungsabnahme Berlins

Die Einwohnerzahl Berlins geht ständig zurück. Sie beträgt heute rund 4 1/2 Millionen, d. h. rd. 50 000 weniger als im Oktober vorigen Jahres. Im Juli zogen mehr als 13 000 Personen zu, dagegen über 22 000 fort. In absehbarer Zeit dürfte sich an dieser Bevölkerungsbewegung in Berlin kaum etwas ändern.

## König Dickerle und sein Gönntchen

Von G. Th. Rotman



61.

Hierewitt verstand nichts von dieser gelehrten Unterhaltung. Er beschloß selbst zu juchen, und während sich Doktor und Schwabe noch kritzen, schlich er sich leise zum Zimmer heraus. Er fand schnell eine schmale Treppe, die noch höher in den Baum führte. Ganz vorsichtig, Stufe um Stufe, kletterte er nach oben und lugte über den oberen Rand der Treppe. O, yjui, wie erschraf er!



62.

Dem Treppentportal gegenüber war wieder eine Treppe, aber da sah ein Wachtposten mit einer großen Sockelbarbe. Er erwartete sicher keine Gefahr, denn er schief fest. „Kun glaube ich bald, daß Vater oben ist,“ dachte Hierewitt. Und ob schon sein Herzchen vor Angst klopfte, schlich er ganz vorsichtig, auf Händen und Füßen, an dem Wachtposten vorbei, zur anderen Treppe hinauf.

## Proleton

Gabitzstr. 20, Höfchensstr. 49 Beginn 4.30, letzte Vorst. 8.45  
Ab Freitag bis Donnerstag, den 13. Oktober  
Lachen, Lachen über

## Lügen auf Rüben

Mit Otto Wallberg, Ralph Arthur Roberts, Paul Hörbinger, Maria Soreveg usw.  
Neueste Tonwochenschau

## Kriminalreporter Holm

Mit H. Speelmans, Elga Brink, Julius Falkenstein, Alfred Bieleke usw.

Preise: ab 60 Pf. Erwerbslose Wochentags ab 30 Pf.

Sonntag, 9. Oktober, nachmittags 2.30 Uhr:

Kinder-  
vortrag: Der weiße Wildling  
Ton-  
Arbeiter-Sport-Kartell



# Sanella

MARGARINE

## Deutschlands meistgekauftete Margarine

Zu jedem 1/2 Pfd. Sanella Margarine gib't jetzt ein schönes buntes Sportbild. Zum Einkleben der Bilder wurde das „Handbuch des Sports“ geschaffen. Sie bekommen es für 70 Pfennig in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften oder von „Sanella“, Postfach 125, Berlin C2, gegen Einsendung von 70 Pfennig in Briefmarken.

1/2 lb  
32 3